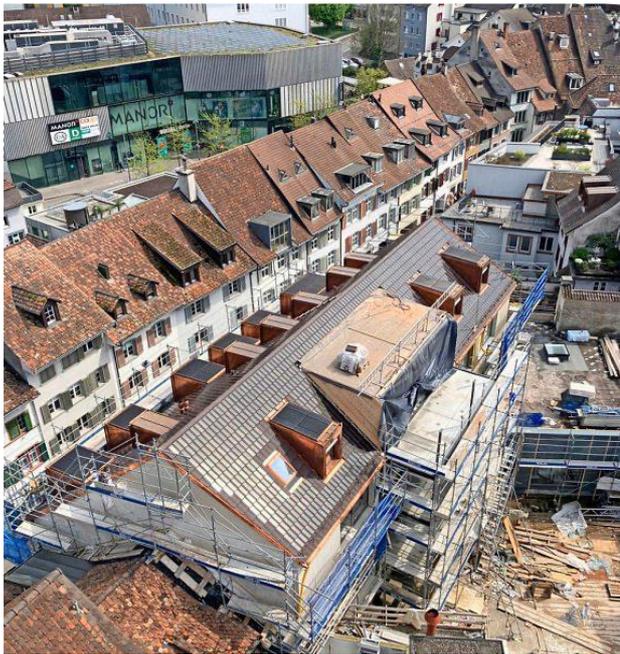
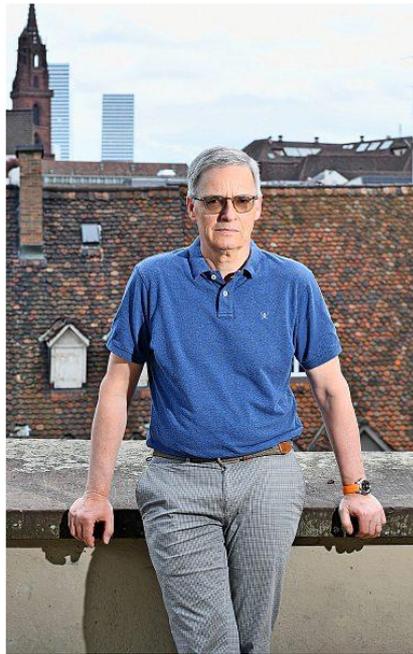


Basel Stadt Land Region



Der Stabhof im Stadtzentrum Liestals (links) ist mit Solarziegeln versehen worden – Lukas Alioth warnt vor einer Zerstörung der Basler Dachlandschaft. Fotos: PD, Pino Covino

Solarziegel «gefährden» das baukulturelle Erbe der Altstadt

Fotovoltaik-Pflicht für Basel Lukas Alioth, Präsident von Domus Antiqua Helvetica, warnt vor einer Verschandelung der historischen Basler Dachlandschaft. Zu Recht?

Katrin Hauser

Die Solaroffensive hat jenen Zielkonflikt ans Tageslicht befördert, der schon länger in den Tiefen der Basler Bausubstanz schlummert und geradezu auf seinen grossen Auftritt gewartet hat: Klimaschutz versus Denkmalschutz.

«Neu müssen grundsätzlich alle Bauten Elektrizität auf Grundlage von erneuerbaren Energien erzeugen», schreibt die Basler Regierung in ihrem Papier zur Fotovoltaikpflicht – und sorgt für grossen Wirbel bei Eigentümern von Basler Altbauten. Sie fragen sich, ob sie die Dächer ihrer historisch wertvollen Häuser nun tatsächlich mit Solarziegeln überziehen sollen.

Lukas Alioth, Präsident der Schweizerischen Vereinigung von Eigentümern Historischer Wohnbauten, steht an der Brüstung des Leonhardskirchplatzes. Er guckt sichtlich besorgt, wenn er daran denkt, wie die Dachlandschaft hinter ihm künftig aussehen könnte. «Fotovoltaikanlagen werden den Charme unserer Altstadt zerstören», prophezeit er.

Eine schwierig einschätzbare Richtlinie

Vor kurzem hat sein Verein deshalb eine gepfefferte Stellungnahme an die Basler Regierung verschickt. Domus Antiqua Helvetica sieht das «baukulturelle Erbe Basels in Gefahr».

Ist es das? Wird man sich schon bald in einen Science-Fiction-Film versetzt fühlen, wenn

man auf die Dächer der Stadt schaut?

Sonja Körkel, Mediensprecherin des Departements für Wirtschaft, Soziales und Energie, schreibt auf Nachfrage dieser Zeitung, die Pflicht gelte grundsätzlich für alle Bauten, die «gut bis sehr gut geeignete Dachflächen, Fassaden oder andere Oberflächen aufweisen» – somit «also auch für Altbauhäuser». Aber niemand weiss, welche und wie viele Dächer der Altstadt effektiv «gut geeignet» sind.

Gänzlich aufheben will die Basler Regierung den Denkmalschutz und Heimatschutz nämlich nicht. Das Münster beispielsweise wird sicher nicht mit Solarpanelen überzogen. Die Eigentümer von Altbauhäusern brauchen auch künftig eine Bewilligung, wenn sie Solarpanels an ihrer Fassade anbringen möchten. Aber: Sie brauchen keine mehr für Solarpanels auf dem Dach. Stattdessen schwebt der Regierung nun eine Richtlinie «mit einem Kriterienkatalog für zuläs-

«Wieso beginnen wir mit der Fotovoltaik nicht ausserhalb der historischen Kerne?»

Lukas Alioth
Präsident Domus Antiqua Helvetica

sige und umsetzbare Solaranlagen» vor. Und genau das ist der Knackpunkt, zumal schwierig einschätzbar ist, wie diese Richtlinie letztlich lauten wird.

Die Regierung will sich dabei einerseits an der aktuellen Bewilligungspraxis der Denkmalpflege orientieren. Diese besagt, dass Solaranlagen vom Boden oder von öffentlich zugänglichen Räumen aus «nicht oder nur sehr eingeschränkt» zu sehen sein dürfen. An einer anderen Stelle im Ratschlag wiederum schreibt sie, dass es heute eine «Vielfalt an Solarmodulen» gebe, die sich «nicht wesentlich von herkömmlichen Dachziegeln oder Fassadenelementen unterscheiden». Erste Studien würden zeigen, dass sie «mit den Anforderungen der Denkmalpflege vereinbar» seien. «Fraglich ist aber, ab wann solche Lösungen auch wirtschaftlich sinnvoll sind.»

Regierung wird das letzte Wort haben

Das fragt sich auch Alioth. Er sehe nicht ein, wieso man die Dachlandschaft als «identitätsstiftendes Juwel unserer Stadt» zur Verhandlung freigeben wolle – wo dies «energetisch ja gar keinen grossen Nutzen bringe». Marc Keller, Obmann des Basler Heimatschutzes, stimmt in die Kritik mit ein: «Es bringt überhaupt nichts, wenn am Nadelberg 8 Quadratmeter Solarpanels montiert werden – wo man doch lieber zum Beispiel auf dem Dreispitz 800 Quadratmeter verbauen würde.» Alioth

und Keller schwebt vor, dass sich Altbauhausbesitzer stattdessen finanziell an Fotovoltaik-Gemeinschaftsanlagen beteiligen könnten.

Der Richtlinie traut Alioth nicht wirklich. Er befürchtet, dass «das Amt für Umwelt und Energie die Denkmalpflege konsequent überstimmen wird, wenn sich ein Konflikt mit dem Klimaschutz ergibt». Tatsächlich steht im Ratschlag der Regierung ein Satz, der unmissverständlich klarmacht, wer beim Zielkonflikt Denkmalschutz versus Klimaschutz das letzte Wort haben wird – sie selbst, nämlich: «Die Richtlinie (...) wird vom Regierungsrat erlassen. So kann dieser bei allfälligen Zielkonflikten die richtige Gewichtung setzen.»

Man könnte sich auch fragen, ob es denn wirklich so falsch wäre, wenn die Regierung den Klimaschutz in manchen Fällen höher gewichtete als den Denkmalschutz. Immerhin hat die Stimmbürgerin von Basel-Stadt 2022 beschlossen, bis 2037 CO₂-neutral werden zu wollen, und das basel-städtische Parlament 2019 den Klimanotstand ausgerufen.

Grundsätzlich stehe er angesichts der Klimakrise hinter der Solaroffensive, sagt Keller vom Heimatschutz. «Aber die Regierung misst der Baukultur zu wenig Bedeutung zu.» Oftmals werde die Baukultur oder auch das Stadtbild mit der Frage gleichgesetzt, ob «einem die Architektur des einen oder anderen Hauses nun gefällt oder

nicht». Doch gehe es um so vieles mehr – «um historische Werte – ein Stück Stadtgeschichte, die Identifikation einer Quartierbevölkerung mit ihrem Quartier und nicht zuletzt Tourismus, den die Altstadt anlockt».

In Liestal offenbar kein Problem

«Wir sind nicht gegen Klimaschutz», sagt auch Alioth. «Aber wieso beginnen wir mit der Fotovoltaik nicht erst einmal ausserhalb der historischen Kerne und sehen dann weiter?» Er weist darauf, dass andernorts wie beispielsweise in Bayern die Erfahrung gemacht wird, im Sommer zu viel Solarstrom zu haben. Domus Antiqua Helvetica fordert ein Moratorium der Fotovoltaikpflicht an schützenswerten Bauten bis mindestens 2030. Alioth sagt, der Verein erwäge auch, die Fotovoltaikpflicht juristisch anzufechten – «wenn dies nicht bereits andere Verbände tun».

Der Ratschlag befindet sich derzeit in der Vernehmlassung. Da Hauseigentümerinnen und -eigentümer mit einer Ersatzabgabe bestraft werden sollen, wenn sie der Pflicht innert fünfzehn Jahren nicht nachkommen, wird wohl auch der Basler Hauseigentümerversand so einiges dazu zu sagen haben.

Geschmeidiger läuft es derzeit in Liestal ab: Dort wurde der Stabhof mitten im historischen Stedtl unter Gutheissen der Stadt und ohne grösseren Widerstand mit Solarziegeln überzogen.